

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 190. Ratssitzung vom 31. Januar 2018

3727. 2017/383

Weisung vom 08.11.2017:

Finanzdepartement, Stiftung ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog, jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag für die Jahre 2018–2021

Antrag des Stadtrats

Der Stiftung ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog wird für die Jahre 2018–2021 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 140 000.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Gabriela Rothenfluh (SP): *In diesem Geschäft geht es um den jährlichen Unterstützungsbeitrag der Stadt an die Stiftung ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog für die nächsten vier Jahre bis 2021. Die Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog ist aus der Stiftung Zürcher Lehrhaus für Christentum und Judentum entstanden. Seit 180 Jahren setzt sich die Stiftung für den Dialog zwischen Christentum und Judentum ein. Seit 1994 läuft der Dialog jetzt unter dem Titel Zürcherisches Institut für interreligiösen Dialog. Dank einer Schenkung konnte die Stiftung damals an die Limmatstrasse 73 in Höngg den Betrieb aufnehmen. Seit 2007 hat man den Stiftungszweck erweitert und auch den Islam an Bord geholt und diesen mit in den Dialog einbezogen. Zudem ist seitdem die Arbeit des ZIID noch stärker auf den interkulturellen Austausch ausgerichtet. Schwerpunkt dieser Arbeit ist Aufklärungsarbeit sowie Förderung und Unterstützung von Dialoginitiativen und interkulturellen Begegnungsmöglichkeiten. Wissensvermittlung im Sinne von Erwachsenenbildung, aber auch spezifische Angebote für Fachpersonen und Interessierte. Beratung und Unterstützung von Einzelpersonen, Firmen und Gruppen sowie Schulen und Institutionen. Ein weiterer Auftrag ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Kultur, Analyse von Strömungen in der Gegenwart und ein besseres Verstehen von Eigenen und Fremden. Das Herz des ZIID ist der Lehrbetrieb. Das Kursangebot ist unterteilt in einführende und weiterführende Kurse sowie Vorträge und Tagungen zu aktuellen Themen. Es organisiert Rundgänge durch Zürich, Sprachkurse und Begegnungen mit verschiedenen Religionsgemeinschaften. Die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule von Zürich hat sich etabliert und sie hilft, die verschiedenen Akteure, die an diesem interreligiösen Dialog interessiert sind, abzuholen. Die Arbeit wird hauptsächlich von der dreiköpfigen Fachleitung geleistet. Die drei Personen, die dafür angestellt sind, sind Fachleute im jeweiligen Religionsgebiet. Sie arbeiten Teilzeit. Das ZIID finanziert sich hauptsächlich durch Beiträge des Kantons und der Stadt, über Spenden und von den Einnahmen aus ihren Kursangeboten. Der Beitrag des Kantons wird dabei über die katholische und die reformierte Kirche geleistet. Der grösste Ausgabenposten beim ZIID sind die Personalkosten, wobei es 450 Stellenprozent finanziert werden muss. Neben den drei Fachpersonen arbeiten noch zwei Personen Teilzeit*

auf der Geschäftsstelle und kümmern sich hauptsächlich um die Administration. In den Jahren 2011–2016 hat die Stadt das ZIID mit 150 000 Franken pro Jahr unterstützt. Letztes Jahr hat das ZIID es selber verpasst, diesen Betrag einzufordern, da es Personalwechsel, einen Schwangerschaftsurlaub und den Umzug in den Kulturpark gab. Jetzt beantragt der Stadtrat, dass das ZIID von 2018–2021 jährlich mit 140 000 Franken unterstützt werden soll. Das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft kann nur gelingen, wenn man weiss, was einen selber ausmacht und was die Hintergründe der Anderen sind, die mit einem zusammenleben. Dieses Wissen ist eine Voraussetzung dafür, dass man miteinander in Kontakt kommt und das Zusammenleben gelingt. Die Religionsfreiheit als Menschenrecht wird gewahrt, wenn sich die Verschiedenheiten respektieren und man einander nicht vorschreibt, was man tun oder glauben soll. Das passiert vor allem über den Dialog. Dieser hilft, das Vertrauen zwischen den Einwohnern und Einwohnerinnen dieser Stadt und die soziale Sicherheit aufzubauen. Von dieser profitieren wir alle. Leider ist im Zuge der gesellschaftlich weniger tabuisierten Islamphobie und der Muslimfeindlichkeit auch der Antisemitismus am aufkommen. Solchen Feindbildern muss entgegengetreten werden. Das ZIID macht das, indem es durch Wissensvermittlung überhaupt aufzeigt, wo die Vorurteile liegen und wie wir diese abbauen können. Die Gelder müssen gesprochen werden, damit die wichtige Arbeit geleistet werden kann und weiterhin der Dialog zwischen den Religionen, die wir in der Stadt haben, stattfinden kann.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Onorina Bodmer (FDP): *Wir können feststellen, dass im Zuge der Islamphobie und der Muslimfeindlichkeit auch der Antisemitismus wieder Auftrieb erhalten hat. Nachrichten aus Frankreich stimmen uns sehr nachdenklich. Der interreligiöse Dialog kann somit als gesellschaftliche Notwendigkeit und als Beitrag zur sozialen Sicherheit erachtet werden. Soll der Dialog gelingen, ist die Unabhängigkeit des ZIID wichtig. Deshalb wäre es problematisch, die Finanzierung grösstenteils von der Kirche anhängig zu machen. Tatsache ist auch, dass die reformierte Kirche mit einem Mitgliederschwund zu kämpfen hat und es unsicher ist, wie lange sie den vollen Beitrag leisten kann. Würde der Beitrag der Stadt wegfallen, könnte das ZIID seinen Betrieb in der aktuellen Form nicht aufrecht erhalten. Gerade jetzt in einer Umbruchphase ist das ZIID auf finanzielle Sicherheit angewiesen. Wir anerkennen, dass das Zürcher Institut für interreligiösen Dialog 2015 in den Kulturpark umgezogen ist, mit dem Ziel, eine bessere Vernetzung und bessere Möglichkeiten für die Basisarbeit zu erlangen. Wir sind aber dezidiert der Meinung, dass die anderen involvierten Religionen auch einen finanziellen Beitrag leisten sollen. Das haben wir bereits im Jahr 2015 moniert, konnten bisher aber keine Verbesserung feststellen. Für uns sind zudem die Lohnkosten zu hoch. Bei den Löhnen orientiert man sich an den Löhnen von Mittelschullehrern und an Pfarrerslöhnen. Für die Geschäftsleitung wurde zudem eine neue Stelle geschaffen, die von der Fachleitung getrennt funktioniert. Hier sehen wir Handlungsbedarf für Einsparungen. Das Geschäft ist im Finanzdepartement etwas fremd; es soll deshalb geprüft werden, ob die Weisung nicht besser beim Präsidialdepartement untergebracht wäre. Man könnte Synergien mit dem Forum der Religionen und eine Zusammenarbeit mit Viventa bezüglich des Kursangebots prüfen. Deshalb stellt unsere Fraktion den Antrag auf eine Kürzung auf*

3 / 10

100 000 Franken, die wir aber nur für die zwei Jahre 2018 und 2019 aussprechen möchten. Danach soll die Weisung im Kulturleitbild 2024 neu integriert werden. Wir zeigen mit unserem Antrag Kompromissbereitschaft und bitten die Fraktionen, unseren Antrag zu unterstützen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Urs Fehr (SVP): *Wenn man Gabriela Rothenfluh (SP) eben zuhörte, könnte man meinen, wir seien ein Nachbarstaat von Israel, bei uns brodelt es an jeder Ecke und uns drohe soziale Unsicherheit. Wir sind nicht gegen einen Dialog, aber dieser anscheinende Antisemitismus und dass wir gegen die Muslime seien, das stimmt einfach nicht. Das wird von der Presse aufgebauscht. Wir sind der Meinung, dass wir einen sozialen Frieden haben, der auch durch Dialog stattfinden soll – wir müssen aber ein Problem, das in Zürich keines ist, nicht herbeireden. Lohnkosten von 727 000 Franken sind doch ein Wahnsinn. Finanziert wird das weder von der jüdischen noch von der muslimischen Gemeinschaft. Wenn dieser Dialog so wichtig ist, weshalb zahlen dann die anderen Religionsgemeinschaften nichts an diesen Dialog? Wenn man einen solchen will, können die Religionsgemeinschaften das gerne machen – aber bitte nicht mit Steuergeldern. Sie sollen das privat finanzieren und organisieren. Wir werden auch ohne diese Weisung einen sozialen Frieden in Zürich haben und die Stadt wird genauso sicher bleiben.*

Weitere Wortmeldungen:

Elena Marti (Grüne): *Die Grünen sehen die Wichtigkeit dieser Weisung und wir werden deshalb den wiederkehrenden Jahresbeitrag für die Jahre 2018–2021 unterstützen. Das ZIID fördert das Zusammenleben und die Toleranz in unserer Stadt. Voraussetzung für ein gutes und friedliches Zusammenleben sind nämlich Vertrauen und Kenntnis der verschiedenen Traditionen und Kulturen und genau das fördert das ZIID. Gerade in der heutigen Zeit, in der Antisemitismus und Islamphobie wieder Aufwind bekommen, ist es wichtig, dass es eine professionelle Institution gibt, die den Dialog und die Aufklärung zwischen den verschiedenen Religionen und Menschen fördert. Das ZIID hat eine jüdische, eine muslimische und eine christliche Fachperson im Team und ist deshalb bestens qualifiziert, die aktuellen Problemstellungen anzugehen. Die Fachpersonen des ZIID sind mit Vorträgen, Tagungen und verschiedenen Rundgängen durch Zürich in der Öffentlichkeit präsent und fördern somit die Begegnung mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften. Das ZIID leistet eine wertvolle Arbeit für ein weltoffenes und vielfältiges Zürich. Dieser Beitrag ist gut und sinnvoll investiertes Geld.*

Vera Ziswiler (SP): *Wir leben im 21. Jahrhundert und in einem vermeintlich säkularisierten Zeitalter. Absurderweise wird aber in der Aktualität fast so viel und erbittert über Religion gestritten wie in der ganzen jüngeren Menschheitsgeschichte. Nach den heiligen Kreuzzügen im Mittelalter, der Reformation und ihren Kriegen, den Ketzer- und Hexenverfolgungen bis tief in die Neuzeit und schliesslich dem Holocaust sehen wir uns heute einer neuen Welle von religiösen Kämpfen gegenüber. Es gibt zahlreiche sogenannte Glaubenskriege, wie beispielsweise der endlose Konflikt in Israel*

und Palästina oder der Konflikt in Nigeria. Obwohl ich persönlich glaube, dass hinter diesen Glaubenskriegen viel mehr handfeste Ressourcenkämpfe und geopolitische Überlegungen stehen, tragen diese Konflikte bewusst das Label Religionskrieg. Damit sind wir beim diskursiven Kampf um Religionen. Kulturell-religiöse Fragen treten wieder in den Vordergrund, Konflikte werden befeuert, wie zum Beispiel durch das Schlagwort Islamisierung des Abendlands. Es gibt einen neuen Antisemitismus und christlich-fundamentalistische Kreise, die aufklärerische Errungenschaften unverblümt in Frage stellen, wachsen. Diese Entwicklung halte ich für sehr gefährlich. In der Weisung geht es um das ZIID und um Veranstaltungen, wie «den jüdischen Gottesdienst verstehen» oder «der Friede im Glauben», bei dem es um den religiösen Fanatismus in allen abrahamitischen Religionen geht. Es geht in der Weisung darum, ob Ressourcen da sind, um Lehrer, Institutionen und Verwaltungen zu schulen und in komplexen Fragen rund um Religion und Glaube zu beraten. Ich bin stark der Meinung, dass wir Forschung, Lehre, Austausch und Sensibilisierung auch in nicht direkt volkswirtschaftlich zählbaren Fragestellungen leisten müssen. Der Weg zwischen Aufklärung und Bücherverbrennung ist leider sehr kurz gewesen und deshalb müssen wir in das Wissen rund um unsere Kultur- und Religionsgeschichte investieren. Zürich ist ein melting pot und das ist auch gut so; wir müssen dem aber auch Rechnung tragen. Insbesondere bei diesem sensiblen Thema braucht es sehr gut ausgebildete Menschen, die aber auch einen bestimmten Lohn haben. Ich glaube, die 140 000 Franken sind gut investiertes Geld. Obwohl ich selbst nicht religiös bin, bin ich überzeugt, dass neben persönlichen Kontakten von Repräsentantinnen und Repräsentanten von verschiedenen Religionen Wissen und Bildung den Sumpf von Vorurteilen, Halbwissen und gegenseitigem Hass trocken legen kann.

Corina Gredig (GLP): *Das Ziel des ZIID ist zweifellos zu begrüßen. Die Stadt hat aber mit dem Forum der Religionen einen Partner mit dem Ziel, den Dialog und das friedliche Zusammenleben in einem multireligiösen Zürich zu fördern. Das Forum der Religionen organisiert Veranstaltungen wie Rundgänge in Synagogen, Moscheen und Kirchen, Vernetzungstreffen und die Woche der Religionen. Im Forum der Religionen sind zudem auch die hinduistische und die buddhistische Glaubensrichtung vertreten. Die Kurse des ZIID sprechen einen relativ spezialisierten Personenkreis an. Das Ziel, eine breite Öffentlichkeit zum Dialog über das friedliche Zusammenleben in Zürich anzuregen, sehen wir eher mit dem Angebot des Forums der Religionen erreicht. Auch mit dem reduzierten Beitrag bleiben in den nächsten Jahren genügend Zeit und Mittel, um Fundraising-Aktivitäten zu erweitern und die Finanzierung der Stiftung langfristig auf ein sicheres Fundament zu bringen. Wir werden deshalb den Antrag der FDP unterstützen.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Mir scheint, als würde die FDP mit dieser Dispositivänderung einfach weniger ausgeben wollen, ohne dabei ihre Zahl plausibel begründen zu können. In der Kommission wurde von den zu hohen Löhnen gesprochen – die Verkürzung der Laufzeit deutet aber darauf hin, dass man auch insgesamt das Engagement der Stadt für das ZIID auslaufen lassen möchte. Es stellt sich die Frage, ob interreligiöser Dialog eine Aufgabe der Stadt ist. Wir haben in der Stadt unterschiedliche Religionen und wo unterschiedliche Menschen zusammen leben, ist Dialog und gegenseitiges Verständnis Basis für ein friedliches Zusammenleben. Die FDP möchte*

einen solchen Ort fördern – aber billiger. Das scheint mir nicht ganz ehrlich. Der Antrag des Stadtrats ist gut begründet und wir haben keinen Sparposten im Budget gefunden, bei dem wir von aussen eine nötige Änderung gesehen haben. So zielt dieser Antrag direkt auf die Löhne des Teams. Diese Löhne orientieren sich an denen der Pfarrer, die bis 2010 vom Kanton übernommen worden sind. Die Einstufung ist daher eine direkte Folge von Beschlüssen auf kantonaler Ebene. Für einen effektiven interreligiösen Dialog braucht man von den beteiligten Religionen Fachleute, die sowohl das Wissen als auch die Autorität in ihrer Religionsgemeinschaft haben, um als Vertreter oder Vertreterin anerkannt zu werden. Es müssen Menschen sein, die über Erfahrung in ihrer Religion verfügen, aber auch sehr gute Kenntnisse der anderen Religionen mitbringen. Es braucht sehr gute Leute, sonst verpufft das von uns investierte Geld wirkungslos. Willkürliche Kürzung ist ein unfreundlicher Akt, der der Stadtkasse aber nicht wirklich viel bringt. Der Dispositivantrag würde das ZIID im dümmsten Moment empfindlich treffen. Es hat sich neu organisiert und eine neue Führung erhalten. Wenn die Stadt ausgerechnet in dieser Situation signalisiert, dass sie sich im Rückzug befindet, wird es für das ZIID schwierig bis unmöglich, weitere Mittel zu generieren. Dass sich auch die anderen Religionen beteiligen sollen, finde ich einen berechtigten Einwand, aber auch hier muss man die Zahlen sehen. Die reformierte und die katholische Kirche zahlen ihren Beitrag aus den Kultussteuern durch die Firmen und diese werden nach Massgabe der Mitglieder verteilt. Mir ist nicht bekannt, ob der Islam auch Geld bekommt. Die evangelische Kirche hat etwa 90 000 Mitglieder in Zürich, die Katholische 116 000 Mitglieder und die Jüdische 3800 Mitglieder, entsprechend werden die Mittel verteilt. Der Islam hat übrigens etwa 17 100 Mitglieder. Wenn man das ZIID will, muss man den Antrag auf Kürzung ablehnen, denn ansonsten hat das ZIID nur noch die Möglichkeit, langsam zu sterben.

Gabriela Rothenfluh (SP): Damit die anderen Religionen sich an der Finanzierung beteiligen könnten, müssten wir sie vielleicht zuerst auch als Staatsreligionen anerkennen, damit sie die gleichen Möglichkeiten haben, überhaupt an Gelder zu kommen und dann auch zahlen zu können. Die Religionen kämpfen im Moment mit anderen Strukturen und sie leisten ihren Beitrag; die jüdische Kultur beispielsweise steckt viel in die Veröffentlichung ihrer Publikationen. Wenn die FDP sagt, sie sollen sich nicht selber finanzieren können, aber gleichzeitig die Unterstützungsgelder und die Dauer kürzen, ist das ein bisschen ein Witz. Wenn man mit weniger Geld ein Geschäft am laufen halten und sich gleichzeitig bemühen muss, irgendwo noch Geld aufzutreiben, ist dies viel schwieriger, als wenn man einen sicheren Sponsor an Bord hat, auf den man sich vier Jahre verlassen kann. Wer sich ein bisschen mit Fundraising auskennt, weiss, dass es eine Rolle spielt, wer bereits mitfinanziert. Wenn man jetzt kürzt, dann dreht man den Geldhahn doppelt zu, weil man ihnen auch die Möglichkeit erschwert, selber Gelder einzuholen. Gleichzeitig wissen sie, dass sie sich in zwei Jahren wieder bemühen müssen und wieder schauen müssen, wie es weitergeht. Ich möchte daran erinnern, dass wir diese zwei Mal 40 000 Franken bereits letztes Jahr eingespart haben.

Urs Fehr (SVP): Sehen wir uns doch mal die Fakten an. Den Kurs «Judentum in der islamischen Welt» haben 11 Personen besucht, genauso wenige, wie die Veranstaltung

«Jerusalem und das Land rundherum» besucht haben. «Schulfach Religion und Kultur – Chancen und Grenzen» hatte gerade mal fünf Besucher, der Rundgang «Religion in Zürich» hatte 22 Teilnehmer. Es ist ein Wahnsinn 700 000 Franken für Veranstaltungen, die mehr oder weniger niemanden interessieren, auszugeben. Und das Ganze wird uns als Erhalt von sozialem Frieden verkauft. Das Fach Religionsunterricht behandelt das nötige Wissen. Wenn das ZIID zusätzlich Veranstaltungen machen möchte, soll es dies bitte privat finanzieren – dann würde man auch sehen, welche Veranstaltungen betriebswirtschaftlich Sinn machen und ob es sich lohnt, ein Sekretariat auf die Beine zu stellen, das es im Moment nicht selber bezahlt.

Mario Mariani (CVP): Die CVP hat sich beim Entscheid zu dieser Weisung sehr schwer getan. Wir haben dieses Lehrhaus bis anhin immer unterstützt, auch haben wir damals den Kürzungsantrag vom März 2015 abgelehnt. Ich zitiere aus meinem eigenen Votum: «Fairness und Verlässlichkeit ist auch für die CVP oberste Maxime, deshalb werden wir den Beitrag erneut gutheissen. Eine Kürzung des Beitrags kann nach der Pensionierung der beiden ältesten Angestellten ins Auge gefasst werden». Die beiden ältesten Angestellten sind mittlerweile pensioniert und das hat die CVP zu einem Umschwung bewogen. Wir werden den FDP-Antrag unterstützen. Wesentlich für diesen Entscheid waren zwei Sachen; zum einen werden wie bereits erwähnt weniger Personen vom ZIID erreicht und zum anderen fänden wir es schön, wenn auch die jüdische und die muslimische Gemeinschaft einen symbolischen Beitrag zur Mitfinanzierung sprechen würden.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Wir werden den vollen Betrag unterstützen. Gerade von der CVP müsste man noch eine nahe Erinnerung haben, wie viel staatlich unterstützte Dialogarbeit nötig war, nur schon, damit sich Katholiken und Protestanten nicht mehr bekriegen. Sozialer Frieden und Sicherheit ist ganz zentral für die Lebensqualität einer Stadt. Es ist im eigenen Interessen eines Staats, alles dafür zu tun, damit wir einen sozialen Frieden haben, und verschiedene Initiativen zu unterstützen, die Wissen erarbeiten. Auch wenn ein Kurs vielleicht nur fünf Teilnehmende hat, werden oft Studien erarbeitet, die dann zugänglich für viele Menschen sind und somit Wissen vermitteln. Wissen und Dialogbereitschaft braucht kleine und grosse Einheiten, um schwierigen Fragen miteinander zu diskutieren. Dann stellt man vielleicht auch fest, dass das Judentum und der Islam sehr viele Gemeinsamkeiten mit der Mehrheitsreligion in Zürich – dem Christentum – haben. In einer Zeit, in der Islamphobie, Muslimfeindlichkeit und auch wieder Antisemitismus zu Tage kommen und man noch darüber diskutiert, ob das diskriminierend ist oder nicht – wo beginnt dann der Rassismus? Es ist nötig, dass wir solche Organisationen haben, die probieren, weiterhin an diesem sozialen Frieden zu arbeiten. 40 000 Franken so zu sparen und auf Fundraising zu verweisen ist in Anbetracht dessen, was das ZIID leistet, lächerlich.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Ich ergreife das Wort als Co-Präsident des Verbands Orthodoxer Kirchen im Kanton Zürich. Sie vergessen, dass uns hier im Saal die Stadtheiligen zuschauen. Sie sind vor über 2000 Jahren in diese Stadt gekommen und sind friedlich für ihren Glauben eingestanden. Umso trauriger macht es mich, wenn ich sehe, wie sich die Exponenten der CVP in dieser Angelegenheit verhalten. Zürich ist

ausnahmslos eine Ausnahmestadt. In Jerusalem haben wir die drei Weltreligionen in einer Stadt – Jerusalem ist aber unfriedlich. Ausserhalb von Jerusalem ist Zürich die Region mit den meisten unterschiedlichen orthodoxen Christengruppen. Dies zeigt, dass Zürich ein Ort des Dialogs ist. Das Wort Dialog bedeutet «über das Wort Verständnis finden» – das machen Sie hier aber nicht. Es liegt an uns, diesen Dialog zu führen, damit die anderen eine Möglichkeit bekommen, zuzuhören, wie wir es meinen und am friedlichen Geschehen in dieser Stadt teilnehmen können. Wir würgen wegen 40 000 Franken ganz vieles ab. Wir Orthodoxen erfahren von den Katholiken eine ganz grosse Unterstützung und ich bin sehr dankbar, dass die Katholiken es den Orthodoxen ermöglichen, in Zürich zusammenzufinden. Zürich ist ein Vorbild in vielerlei Hinsicht – seien Sie für einen Dialog über das Wort.

Dr. Davy Graf (SP): *Es war eindrücklich, als ich das erste Mal in der Spezialkommission Finanzdepartement in Kontakt mit dem ZIID kam. Das ZIID kam alle vier Jahre, nach der Kürzung alle zwei Jahre, in die Finanzkommission und erzählte von seiner Arbeit und dem Dialog. Die Arbeit, die es leistet, ist Aufklärungsarbeit und Wissensvermittlung. Es berät und es muss sich mit der Geschichte und der Kultur auseinandersetzen. Es muss auch stark in der tagtäglichen Forschung sein und wissen, was tagtäglich passiert und wo Konfliktfelder entstehen, die man im Dialog wieder lösen kann. Wir brauchen Menschen, die dieses Fachwissen haben. Die Personalkosten sind die höchsten Kosten, aber das Personal ist gleichzeitig die grösste Ressource. Die dominierende Religion ist immer noch das Christentum und wenn jemand diesen Dialog anstossen muss, dann ist es die christliche Seite, um mit der Minderheit ins Gespräch zu kommen. Ich würde mir auch wünschen, dass von der jüdischen und muslimischen Seite etwas kommt, aber das wird auch sicher passieren, wenn sie Institutionen schaffen können, die eine grössere Repräsentativität haben. Die Lohnkosten sind für das, was sie leisten, die richtige Lohnstufe. Die Qualität ergibt sich ja genau aus diesen gut gebildeten Personen. Auch wenn vielleicht nicht viele Teilnehmenden bei den Veranstaltungen sind – wenn diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Wissen mit nach Hause nehmen, ihren Kindern, Nachbarn oder Freunden weitervermitteln, dann ist das gut investiertes Geld.*

Alan David Sangines (SP): *Aus atheistischer Sicht finde ich es enorm wichtig, dass das Geld in diesem Umfang gesprochen wird und der Dialog zwischen den Religionen gefördert wird. Sehr oft werden Konflikte provoziert – zum Teil genau von der Partei, die jetzt den ganzen Betrag ablehnen möchte. Die SVP soll ehrlich sein; ein Dialog auf Augenhöhe, Wissensvermittlung, Erwachsenenbildung, Auseinandersetzung und Analyse dessen, was Kultur mit sich bringt, all das ist wichtig, um Nährboden wegzunehmen, um danach den Konflikt hochzustilisieren. Je weniger Menschen aber über Religionen wissen, umso mehr Vorurteile haben sie und umso mehr Wahlstimmen könnt ihr damit holen. Es ist offensichtlich, dass es euch nur darum geht. Wir hören so viel über den Islam in diesem Land und ganz häufig wird es von der SVP angestossen. Genau deshalb sind solche Veranstaltungen so wichtig. Die Veranstaltungen richten sich teilweise ja genau an Lehrpersonen, da muss man an den Multiplikator-Effekt denken; auch wenn nur 11 Personen teilnehmen, diese das ihren Klassen aber replizieren können, hat man schon 100 Jugendliche erreicht. Gerade bei Jugendlichen ist der*

Dialog zwischen den Religionen sehr wichtig. Die Stadt soll den Dialog fördern und nicht gegen einzelne Religionen hetzen. Dass die SVP das anders sieht, ist klar, weil ihre islamphobische Propaganda bei der Wissensvermittlung nicht mehr funktioniert. Mich erschüttert aber am meisten, dass die CVP für eine Kürzung ist. In eurem Namen ist immer noch ein «C» drin, ich weiss aber langsam nicht mehr für was das stehen soll. Genau eure Partei sollte eigentlich den Atheisten erklären, dass dieser Beitrag enorm wichtig ist.

Markus Kunz (Grüne): *Die SVP wäre die erste, die eine saudi-arabische Verschwörung wittern würde, wenn die drei Religionsgemeinschaften das ZIID selber zahlen würden. Man ahnt schon, was passieren würde, wenn Gelder von irgendwoher kämen und es keine gewisse staatliche Zuwendung geben würde und damit auch eine gewisse staatliche Aufsicht fehlen würde. Steuergelder sind in diesem Sinne durchaus angebracht. Es geht hier nicht um eine Ausgabe, die wir tätigen, es geht um eine Investition in das Sozialkapital. Das ist extrem wichtig in einer gut funktionierenden Gesellschaft. Durch die Unterstützung solcher Zentren alimentiert man einen wichtigen Bereich, der zum gesellschaftlichen Frieden beiträgt. Der Verweis auf das Forum der Religionen hat einen Haken, weil dieses Forum keine Plattform für interreligiösen Austausch ist, keine Bildungsangebote hat und eine ganz andere Zielgruppe anspricht. Es lässt sich deshalb nicht mit dem ZIID vergleichen. 1850 waren 89 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton reformiert, heute sind es 62 Prozent. Da, wo ich aufwuchs, hat man noch ein bisschen schräg auf die Katholiken geguckt; die Reformierten waren in der Mehrheit. Heute ist die Situation eine andere. Der religiöse Pluralismus ist nun mal eine Realität und der interreligiöse Dialog umso wichtiger. Ich habe gute Erinnerungen an den Fraktionsbesuch in der Synagoge, wo wir uns tatsächlich diesem Dialog gewidmet haben. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat gerade letztes Leitsätze für den religiösen Dialog veröffentlicht. Punkt 1: «Religiöse Überzeugungen bilden eine wichtige Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens.» Dafür dürfen wir gerne Steuergelder verwenden.*

Dorothea Frei (SP): *Seit 2009 kenne ich das Lehrhaus. Das erste Mal wurden Beträge für die Infrastruktur gesprochen und schon damals wurde uns versprochen, dass die Kurseinnahmen erhöht werden. Ich bin frustriert, dass diese Weisung so daliegt. Wir hatten damals Kurseinnahmen von 160 000 Franken und jetzt welche von 210 000 Franken; offensichtlich funktioniert es nicht, die Reichweite zu erhöhen und ein grösseres Publikum zu erreichen. Ich schätze den interreligiösen Austausch sehr, aber trotzdem glaube ich, dass das ZIID sich ernsthafte Gedanken über seine Zukunft machen muss. Diese Zahlen erschüttern mich nach zehn Jahren schon ziemlich. Es gibt auch noch andere Gremien, wie das Forum der Religionen, den interreligiösen runden Tisch und das iras cotis, das auch ähnliche Sachen macht. Ich finde, man muss sich wirklich überlegen, wie die Zukunft des ZIID aussehen soll.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Das Geschäft ist für das Finanzdepartement ein spezielles Geschäft; deshalb streben wir an, es in der nächsten Phase dem Präsidialdepartement,*

bei dem auch das Forum der Religionen ist, zu übertragen. So kann eine gemeinsame Steuerung und Koordination geschehen. Ich glaube, es ist nach wie vor sinnvoll, das Ganze weiterzuführen. Sie haben dem ZIID schon mehrfach zugestimmt. Es wurde mir heute kein neuer Grund ersichtlich, weshalb wir das jetzt abbrechen sollten. Ich werde an das Votum von Urs Fehr (SVP) – es gebe gar keine Probleme und es brauche diesen Dialog nicht – erinnern, wenn wieder einmal in einer Art und Weise dramatisiert wird, die ich völlig unzulässig finde. Die Stadt tut gut daran, den Beitrag weiter zu sprechen. Auch unter dem Aspekt der sechs Punkte, die der Regierungsrat im Religionsdialog skizziert hat, ist es sinnvoll. Prävention ist wichtig, unabhängig, ob sie die genaue Anzahl der einzelnen Angebote anschauen. Da gehen wiederum Multiplikatoren in diese Kurse und das ist entscheidend. Für uns ist klar, dass wir weiterhin hinter dieser Weisung stehen. Über die Höhe könnte man diskutieren, aber kein Geld zu sprechen wäre ein schräges Signal. Zum Hinweis, dass auch andere Religionen zahlen sollen, müssen sie sehen, dass die christliche Kirche eine öffentlich-rechtliche Institution mit Steuermitteln ist und anders mit der Situation umgehen kann, als zum Beispiel die muslimischen Vereine. Diese können sich nicht als öffentlich-rechtliche Institution institutionalisieren und deshalb glaube ich, ist es am Engagement der öffentlich-rechtlichen Kirche, dahinter zu stehen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog wird für die Jahre 2018–2021
2019 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 140 000.– 100 000.– bewilligt.

Mehrheit: Florian Utz (SP) i. V. von Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Elena Marti (Grüne), Christina Schiller (AL), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Roger Bartholdi (SVP), Dr. Pawel Silberling (SP), Vera Ziswiler (SP)

Minderheit: Onorina Bodmer (FDP), Referentin; Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Corina Gredig (GLP), Pirmin Meyer (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

10 / 10

- Mehrheit: Florian Utz (SP) i. V. von Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Elena Marti (Grüne), Christina Schiller (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
- Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Onorina Bodmer (FDP), Corina Gredig (GLP), Pirmin Meyer (GLP), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Roger Bartholdi (SVP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über den bereinigten Antrag des Stadtrats abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 0 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Stiftung ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog wird für die Jahre 2018–2019 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 100 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Februar 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. April 2018)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat